

## Schwierigkeiten in der Volksernährung.

Es muß der Bevölkerung alles Lob gezollt werden für die übermenschliche Geduld, die sie gegenüber nötigen und überflüssigen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung an den Tag legt. Namentlich die Frauen, deren heißeres Blut zu fürchten war, sind unermüdet im Anstellen bei verschiedenen Lebensmittelgeschäften, um die verfügbare Menge an Lebensmitteln für ihren Haushalt zustande zu bringen. Wenn sich die christlichsozialen Blätter über die Hamsterer ereifern, so haben wir demgegenüber festzustellen, daß bei der Arbeiterschaft von einer größeren, die Allgemeinversorgung gefährdenden Anhäufung von Lebensmitteln nicht die Rede sein kann, weil den Arbeitern hiezu vor allem das Geld fehlt. Vertrauen zu den Regierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Volksernährung ist es wohl auch nicht, was sie vom Hamstern abhält, sie können sich eben durch Vorkauf nicht helfen. Die wohlhabende Bevölkerung verläßt sich nicht auf die öffentlich-rechtliche Regelung, sie kauft zusammen, was ihr an Nahrungsmitteln erreichbar ist. Nun sollte die Rationierung diesem Uebelstand abhelfen und jeder gezwungen werden, sich mit der ihm zugewiesenen Portion an gewissen Nahrungsmitteln zu begnügen. Aber auch die Rationierung versagt, weil die Lebensmittelversorgung fortwährend Störungen erfährt. Die Streckung der Edelmehlvorräte kann nicht durchgeführt werden, weil weder Mais noch Kartoffeln zu haben sind. Die Regierung hat das Kochmehl besonders rationiert, aber seitdem diese Vorschrift in Geltung steht, bekommt man das Mehl in so ungenügenden Mengen, daß die Mehlmarken verfallen oder dafür Brot gekauft werden muß. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß namentlich die von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt versorgten Arbeiterkonsumvereine ganz unzureichende Mengen Kochmehl zugewiesen erhalten, die Händler aber von der Gemeinde in gleichem Maße mit Weizenmehl versorgt werden wie in früheren Monaten. Am 20. März ist eine strenge Handhabung der Kontrolle der Brotmarken eingeführt worden. Die Brot- und Mehlmarken müssen an die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abgeführt werden und nach Maßgabe dieser Abfuhr von Marken soll die Mehlzuweisung erfolgen. Die Marken werden von den Konsumvereinen gewissenhaft eingesammelt und abgeführt, aber das Mehl hierfür bekommen sie nicht! Ueber die elende Beschaffenheit des rumänischen Mehles ist besser zu schweigen protestiert muß aber dagegen werden, daß dieses Mehl als Muttermehl zu 120 Kronen für das Kilogramm in Verkehr gesetzt wird. Der Verkäufer ist unschuldigerweise Insulten ausgesetzt. Wir haben der Anstalt den Vorschlag gemacht, aus gesundem rumänischen Weizen Gleichmehl zu erzeugen und in den benötigten Mengen in Verkehr zu setzen. Dieses Mehl wird dem rumänischen Feinmehl nicht sehr nachstehen, aber um die Hälfte billiger sein. Die Anstalt will die Wiener mit größeren Rationen an Maisgrieß traktieren; das ist unmöglich. Die Wiener Bevölkerung ist an den Speiszeitel der Italiener, Steirer und Tiroler nicht gewöhnt, auch fehlt das hiezu nötige Fett. Was erträglich wäre, ist eine kleinere Portion an Maismehl sechzigprozentiger Ausbeute. Alle diese Vorschläge blieben bisher unbeachtet.

Die Erschwernisse in der Milchversorgung steigern sich ins Unerträgliche. Die Milchlieferungen sind gegen die Friedenszeit um mehr als ein Drittel gesunken. Es wird aber keine Milchkarte eingeführt, sondern den Molkereien und Milchgroßhändlern die Milchversorgung überlassen. Die Herrschaften denken nicht daran, die vorhandene Milchmenge gerecht aufzuteilen, sondern denken nur an die Steigerung ihres Profits. Dem Scheine nach lassen sie einen Preis von 40 Heller für den Liter Milch im Verkauf in Geltung, schenken aber in ihren Filialen keine Milch aus. Höchstens eine Kanne Ausschankmilch kommt in jede Filiale, der Rest ist Flaschenmilch zu 46 bis 48 Heller, Kindermilch von 72 bis 90 Heller, Kefir, Joghurt u. Ä. Frauen und Kinder stehen stundenlang bei den Milchgeschäften, um einen halben Liter Ausschankmilch zu erhalten, den Wohlhabenden werden die Flaschen teurer Milch ohne Beschränkung ins Haus gestellt. Die Molkereien gewinnen durch diese Milchverarbeitung so viel, daß sie den Milchproduzenten ständig höhere Preise für die Milch anbieten und so den Verkauf von Ausschankmilch zu billigerem Preise ganz unmöglich machen. Seit Monaten verlangen wir, daß diesen Durchstechereien ein Ende gesetzt werde. Der Verkauf von Flaschenmilch ist zu verbieten oder auf einen Bruchteil, etwa ein Viertel des gegenwärtigen Umfangs, zu beschränken. Damit könnten jene Bezirke, die weniger Milchgeschäfte haben, versorgt

werden. In den anderen Bezirken kann sich jeder seine Milch selbst holen, warum sollen sich nur Proletarierinnen, deren Zeit Geld ist, darum bemühen müssen? Schließlich würde, wenn Milcharten eingeführt werden, die Anstalterei aufhören. Die Milchverarbeitung ist zu verbieten. Die Kinder der Reichen werden auch ohne Kindermilch lebenskräftig bleiben, es wird aber Milch, „gewöhnliche Milch“, frei für die Kinder der Armen. Wer Kefir oder Joghurt braucht, soll sich das zu Hause bereiten; warum wird ihm die Arbeit erspart, wenn er sauren Rahm zu seinen Saucen haben will, was ja nebenbei bemerkt verboten ist? Mit den Milchproduzenten mußte ein Einheitsabgabepreis vereinbart und dann ein einheitlicher Verkaufspreis festgesetzt werden, um die gegenseitigen Preistreiberien zu verhindern.

Die Zuckerverversorgung obliegt einer Zuckergentrale, das ist dem Zuckerkartell unter staatlicher Aufsicht. Jetzt haben wir es zu Zuckerkarten gebracht, aber es fehlt der Zucker, obwohl offiziell versichert wird, daß die nötigen Zuckermengen in den Fabriken lagern. Das liebliche Spiel vom vorigen Jahre wiederholt sich. Es mangelt angeblich an Waggons; die Eisenbahnverwaltungen aber behaupten, daß dieser Waggonmangel nicht so arg sei. Dabei ist festzustellen, daß namentlich jene Waggons fehlen, die den Arbeiterkonsumvereinen Zucker zuführen sollen. Ja die Eingabe eines Vereines betreffend die Zuckerzuweisung für den Monat März ist am 1. April noch nicht erledigt! So sieht der Burgfriede der Zuckerfabrikanten aus! Die Zuckerfabriken sind reine Dividendenfabriken geworden; die Drofflung des Zuckerverkehrs ist strafbar, weil die den Zuckerkarten entsprechende Menge nicht angeliefert wird.

Seit einigen Wochen liegt der Regierung unser Antrag vor, für Arbeiter in Nachtbetrieben die Zuckerration um die Hälfte zu erhöhen. Die Arbeiter sollen und dürfen in solchen Betrieben keinen Alkohol genießen, müssen daher Kaffee und Thee als Nahrungs- und Erfrischungsmittel zu sich nehmen und bedürfen daher einer größeren Zuckerration als die Bevölkerung, die nachts schläft. Auch für stillende Mütter und Säuglinge ist eine Aufbesserung der Zuckerration dringend nötig, aber die Regierung bezieht sich nicht, die nötigen Maßnahmen zu erlassen.

So geht es nicht weiter. Die unerschöpfliche Geduld der Bevölkerung darf nicht eine unnötige Belastung erfahren, sie darf auch nicht mißbraucht werden. Der Absolutismus ist schon in der Verwaltung des Staates schädlich und schwer erträglich, er findet in dem Kriegszustand weder Begründung noch Rechtfertigung. Aber ganz unerträglich ist der Absolutismus der Zuckerbarone und der Kaffeehändler. Wir verlangen deshalb in allen Verwaltungsstellen der Lebensmittelversorgung eine Vertretung der Verbraucher, insbesondere der arbeitenden Verbraucher, damit die Bevölkerung an der Gestaltung der Ernährungsverhältnisse kontrollierend und bestimmend mitwirken kann. Es ist durchaus nicht angängig, in derartige Verwaltungsstellen lediglich die Vertreter der interessierten Produzenten zu berufen, die durch solche Berufung natürlich nicht aus Profitjägern in gewissenhafte Vertreter der Allgemeininteressen umgewandelt werden. Die Beaufsichtigung durch die Regierungsorgane, denen ja vielfach die nötige geschäftliche Erfahrung mangelt, ist nicht ausreichend, um ein gemeinnütziges Wirken dieser Stellen zu gewährleisten. Noch wichtiger erscheint uns, durch Berufung von Vertretern der konsumierenden Bevölkerung zu bewirken, daß sie erfährt, was in diesen Zentralen vorgeht, und daß diese Stellen in dem Volke jenes Vertrauen erwerben, das ihnen schon infolge ihrer gegenwärtigen einseitigen Zusammensetzung fehlen muß. Jedenfalls würde durch die Arbeit der Konsumentenvertreter eine gemeinnützige Wirksamkeit dieser Verwaltungsstellen angebahnt werden. Der augenblickliche Zustand unserer Volksernährung ist ernst genug, um endlich eine Regelung herbeizuführen, die auf die Bedürfnisse der Allgemeinheit gebührend Rücksicht nimmt.